

schaftsbetriebs Nordrhein-Westfalen zur Schaffung von studentischem Wohnraum verkauft bzw. sind kürzlich verkauft worden. Dies betrifft Liegenschaften in den Städten Aachen, Bonn, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Münster, Siegen und Wuppertal. Zugleich besteht ein großes Potenzial in der Nachverdichtung bestehender Liegenschaften. Das demonstrieren insbesondere zwei Projekte in Münster und Bielefeld, die im Rahmen der von mir initiierten runden Tische diskutiert wurden.

Wir hätten übrigens sehr gerne bei Regierungsantritt auf eine vorhandene Gesprächskultur einer Landesregierung mit Studierendenwerken und letztendlich auch mit den für das Baurecht zuständigen Städten und Gemeinden zurückgegriffen, aber bedauerlicherweise war da nichts.

(Lachen von Jochen Ott [SPD])

Sie haben die Fäden in Ihrer Zeit nicht zusammengebunden. Wir haben das alles neu aufgebaut. So kommen die Projekte jetzt in Fahrt und in Schwung.

(Jochen Ott [SPD]: Das glaubt die wirklich!)

Sie reden über Beteiligungskultur, wir machen Beteiligungskultur.

(Beifall von der CDU und der FDP – Jochen Ott [SPD]: Dafür sind Sie gerade bekannt!)

Ich möchte auf einen weiteren Punkt eingehen, der Gegenstand Ihres Antrags ist. Sie fordern eine Umwandlung nicht genutzter Kfz-Stellflächen von Studierendenwohnheimen im Rahmen der Nachverdichtung. Welch grandioser Vorschlag!

Erstens sind die Eigentümerinnen der Flächen zuständig. Die können die Anträge einbringen. Zweitens sind die Städte zuständig, die auch bei den Stellplatzvorgaben für das Studierendenwohnen abweichen dürfen und sollen. Die neue Landesverordnung zu den Stellplätzen sieht entsprechend weniger Vorgaben für die Studierendenwohnheimplätze vor.

Eigentümerinnen können es also machen, Städte können es machen. Es liegt dann also auch in der Hand all derer, die in Stadträten aktiv sind und dort Verantwortung und Zuständigkeit haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Damit liebe Kolleginnen und Kollegen sind wir am Ende der Aussprache in Tagesordnungspunkt zwei und können zur Abstimmung kommen.

Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags an den Wissenschaftsausschuss. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte jemand gegen

die Überweisung stimmen? Sich enthalten? – Beides war nicht der Fall. Dann haben wir **Antrag Drucksache 17/14893 so überwiesen.**

Ich rufe auf:

**3 Deutschland, aber normal – 2014 darf sich nicht wiederholen – Deutschland ist kein Nachbarland Afghanistans – Wir müssen uns auf eine Hilfe zur Selbsthilfe vor Ort konzentrieren.**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/14947

Die Aussprache eröffnet für die antragstellende Fraktion der AfD Herr Kollege Loose.

**Christian Loose (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nicht jeder, der in Afghanistan lebt, wird von den Taliban bedroht. – Dieser Satz stammt nicht von der AfD, sondern von Minister Stamp aus dem Integrationsausschuss in der letzten Woche.

In all den Jahren muss ich Herrn Stamp nun das erste Mal Recht geben. Nicht jeder, der in Afghanistan lebt, wird von den Taliban bedroht. Ich gehe noch einen Schritt weiter: Viele Muslime in Afghanistan sympathisieren mit den Taliban. Das hat gute Gründe.

20 Jahre lang hat der Westen versucht, der afghanischen Bevölkerung ein Korsett überzustülpen: westliche Regeln, westliche Lebensweise, westliche Kultur.

(Unruhe – Glocke)

Doch hat mal einer gefragt, ob die Menschen das dort vor Ort wirklich möchten? Will die Bevölkerung in Afghanistan, dass Juden oder Katholiken ihre Religion offen ausleben dürfen? Wie ist die Realität?

Gestern kam der Bericht von der FAZ, dass auch der letzte Jude das Land verlassen hat. Und wie es Simentov, so hieß dieser Mann, in der Vergangenheit ergangen ist, berichtet die Nachrichtenredaktion der Schweiz.

„In der Vergangenheit hätten die Taliban versucht, ihn zur Konversion zum Islam zu bringen und vier Mal in Haft genommen, so Simentov ...“

So ist das also mit den westlichen Werten in Afghanistan. Bist du ein Jude, so kommst du in Haft.

Aber keine Sorgen, meine Damen und Herren, ein Sprecher der Taliban sagte nun – ich zitiere aus dem Artikel –:

„Simentov drohe keine Gefahr. Man werde keinen Minderheiten Schaden zufügen. Sie könnten ihre Religion ausüben.“

Alles also bestens in Afghanistan, oder?

Wie sieht es mit den Frauenrechten aus? Wollen die Menschen in Afghanistan, dass die Frauen in der Öffentlichkeit unverhüllt herumlaufen? Wollen die Menschen in Afghanistan, dass die Frauen die gleiche Arbeit verrichten dürfen wie Männer?

Eine Frau aus Berlin hat es diese Woche erfahren dürfen. Sie hat als Gärtnerin gearbeitet, und diese Woche stach ein Afghane dieser Frau mehrfach in den Hals. Das geschah nicht in Kabul. Das geschah in Berlin. Vor vier Wochen – ebenfalls in Berlin – haben zwei Afghanen ihre Schwester umgebracht. Den beiden Brüdern gefiel ihr Lebensstil nicht.

Doch was passiert eigentlich mit diesen Tätern? Werden diese jungen Männer nun etwa nach Afghanistan abgeschoben? – Sicherlich nicht, denn man wolle nicht in Tod und Folter abschieben. Diesen Begriff benutzten Sie in der letzten Woche mehrfach im Ausschuss, Herr Stamp.

Man wolle nicht in Tod und Folter abschieben und das ist richtig. Auch ich möchte nicht in Tod und Folter abschieben. Wir wissen aber auch seit letzter Woche, dass jede einzelne vorherige Abschiebung nach Afghanistan über Ihren Tisch ging, Herr Stamp. Dass dabei so geringe Abschiebezahlen herauskommen, dürfte niemanden verwundern. Schließlich ist Ihr Tag auch nur 24 Stunden lang.

Wer aber sagt eigentlich, dass diese Männer, die in Deutschland Frauen umgebracht haben, in Afghanistan Tod und Folter zu erwarten haben? So heißt es im Medienbericht zu der Tat der beiden Brüder – ich zitiere –:

„Innerhalb der Einwandererfamilien werden die ‚Ehrenmörder‘ wie Helden gefeiert, da sie die Ehre der Familie wieder hergestellt haben.“

Wie glaubhaft ist das Risiko solcher Männer hinsichtlich Tod und Folter in Afghanistan? – Nicht jeder, der in Afghanistan lebt, wird von den Taliban bedroht. Wie viele Afghanen haben überhaupt ein Problem mit den Taliban?

99,9 % der Menschen in Afghanistan haben einen muslimischen Glauben. 99 % der Menschen dort unterstützen die Scharia. Wie viele dieser Afghanen wollen Sie eigentlich nach Deutschland holen, Herr Stamp? Jede gefährdete Frau? – In Afghanistan leben 20 Millionen Frauen. Oder jeden – ich darf Sie wieder aus der letzten Woche zitieren –, der unserer Sache gedient hat? Was heißt für Sie „unserer Sache“? Wie definieren Sie das? Und wie wollen Sie diese Menschen unter den Flüchtlingen ausmachen?

Sie selbst sprachen davon, dass in Kabul am Flughafen – ich zitiere – survival of the fittest galt und

dass deshalb auch die Vergewaltiger mitkamen, die schon aus Deutschland abgeschoben waren. Survival of the fittest bedeutet, dass die Stärksten im Flieger sitzen und eben nicht die Schwächsten. Das ist das genaue Gegenteil einer humanen Flüchtlingspolitik, Herr Stamp.

(Beifall von der AfD)

Warum wurden die Personen nicht bei der Zwischenlandung in Usbekistan überprüft? Dann wären die Vergewaltiger gar nicht erst nach Deutschland gekommen.

Wir in der AfD haben klare und humane Vorstellungen von der Hilfe, die Deutschland leisten kann. Wir als AfD wollen den Ortskräften, die loyal mit der Bundeswehr zusammengearbeitet haben, Schutz bieten, auch in Deutschland. Dabei handelt es sich um etwa 500 Personen zuzüglich Familien und damit um 2.000 Personen. So ist es auch der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen zu entnehmen.

Für alle anderen Personen, die aus dem Land fliehen, brauchen wir lokale Unterstützung. Usbekistan, Turkmenistan und Tadschikistan sind direkte Nachbarn und sollten auch als Zeichen der muslimischen Solidarität den Menschen aus Afghanistan helfen. Es ist selbstverständlich, dass wir diesen Ländern dann auch finanziell unter die Arme greifen müssen, und zwar mit einer UN-weiten Aktion.

Dafür müssen wir aber die Zahlungen an die Taliban nicht wieder aufnehmen, wie es der Außenministerdarsteller Maas möchte. Nein, kein einziger Cent darf mehr in dieses islamische Land, in dieses islamistische Land hineinfließen – kein einziger Cent, meine Damen und Herren!

(Beifall von der AfD)

Stattdessen muss die Hilfe in den Anrainerstaaten ankommen. Ein Scheitern wie in 2014 darf sich nicht wiederholen. Auch das haben Sie, Herr Stamp, in der vergangenen Woche selbst angesprochen. Ich zitiere sinngemäß aus dem Ausschuss: Der eigentliche Fehler in der Flüchtlingskrise ist gewesen, dass damals nicht darauf geachtet wurde, dass die Anrainerstaaten auch die Gelder für die Versorgung der Flüchtlinge erhalten.

Sie sprachen dann davon, dass die Familien nicht genug zu essen gehabt hätten und sich deshalb erst auf den Weg gemacht hätten. – So war es ja auch.

Für alle, die sich nicht mehr an diese Zeit, 2014, erinnern können, weil sie es vielleicht verdrängt haben: Die Vereinten Nationen hatten Hilfen für die Versorgung der syrischen Flüchtlinge in Höhe von 6 Milliarden Euro errechnet, bei der Geberkonferenz im Jahr 2014 kamen aber lediglich 2,4 Milliarden Euro zusammen; ein Bruchteil davon.

Dieser Fehler darf sich nicht wiederholen. Wir müssen das bei den Vereinten Nationen mit Nachdruck vorbringen; denn eine ortsnahe Unterstützung ist nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern auch im Interesse all der Flüchtlinge. Wir Deutsche können mit dem gleichen Geld entweder 10.000 Flüchtlingen in Deutschland oder 1 Million Menschen vor Ort helfen.

Zeigen auch Sie, dass Sie im Interesse Deutschlands und all der Flüchtlinge vor Ort handeln wollen, und stimmen Sie für unseren Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Loose. – Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Wermer.

**Heike Wermer (CDU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Innerhalb von 24 Stunden sprechen wir zweimal über dasselbe Thema, nämlich über die Situation in und um Afghanistan sowie die Rollen Deutschlands und NRWs.

Das ist ein wichtiges und ernstes Thema, und wir haben gestern schon leidenschaftlich darüber diskutiert und unsere Punkte ausgetauscht. Sie können unsere CDU-Haltung gerne im Protokoll nachlesen, falls Sie sich nicht erinnern können.

Sehen Sie es mir deshalb nach, dass ich mich kurz fasse, auch weil ich den AfD-Antrag für unangebracht halte. Er ist unangebracht, weil die AfD allein schon mit dem Antragstitel „Deutschland, aber normal“ alles über ihre Absichten aussagt, denn so heißt auch das Bundestagswahlprogramm der AfD.

(Markus Wagner [AfD]: Einer muss es ja aussprechen!)

Ich werde Ihnen hier keine Plattform für Hetze bieten, dafür ist mir das Hohe Haus zu schade. Sie sind nur populistisch unterwegs. Das haben wir nicht nur gestern, sondern auch vorgestern und in der Debatte gerade erleben müssen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wir lehnen Ihren Antrag ab, wir brauchen ihn nicht. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Wermer. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Lux.

**Eva Lux<sup>1</sup> (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren!

Der Afghanistaneinsatz ist beendet. Ungefähr 240.000 Menschen haben ihr Leben verloren, darunter 56 deutsche Soldaten, 2.445 amerikanische Soldaten, 1.088 andere ausländische Soldaten, 444 humanitäre Helfer und 72 Journalisten.

Doch den höchsten Preis zahlten die afghanischen Bürgerinnen und Bürger selbst mit 67.176 gefallenen afghanischen Soldaten und Polizisten und mit 47.000 getöteten Zivilisten. Die zivilen Opfer machen gut ein Fünftel aller Todesopfer aus. Hinzu kommen Tausende Kinder, Frauen und Männer, die so schwer verletzt oder traumatisiert sind, dass sie kein normales Leben mehr führen können.

Am Ende liegt ein Land in den Händen der Taliban. Ein ganzes Volk ist von heute auf morgen unter das Joch einer menschen- und frauenfeindlichen Diktatur geraten. Menschen in Afghanistan müssen wieder Angst um ihre Freiheit und um ihr Leben haben.

Meine Kolleginnen und Kollegen, wir sollten Frieden bringen, aber wir sind gnadenlos gescheitert. Wir stehen heute vor einer politischen und menschlichen Tragödie. Trotzdem entblödet sich die Fraktion der AfD in diesem Landesparlament nicht, in wohlgenährter Borniertheit und piefigster Nabelschau nur über eines zu reden: die Abwehr einer nicht vorhandenen Flüchtlingswelle,

(Beifall von der SPD – Zuruf von Andreas Keith [AfD])

die Behandlung eines Phantomschmerzes.

Dass auch unser werter Herr Ministerpräsident zunächst in dieses Horn geblasen hat, macht die Sache nicht besser. Froh bin ich, dass die Landesregierung sich noch besann und ein Kontingent afghanischer Geflüchteter aufnimmt.

(Zuruf von Thomas Röckemann [AfD])

Das ist das Mindestmaß an Menschlichkeit, das wir erfüllen müssen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

„2014 darf sich nicht wiederholen“, so betitelt die AfD-Fraktion ihren gewohnt durchsichtigen Antrag. – Da stimme ich Ihnen sogar zu; denn 2014 zog die AfD erstmalig in deutsche Landtage ein. Seitdem müssen wir uns mit Ihrer sonderbaren Vorstellung herumschlagen, dass Menschlichkeit und Verantwortung ihre Grenzen an den bundesdeutschen Grenzen finden.

(Beifall von der SPD)

Von der AfD brauchen wir weiß Gott keine Wiederholung. Wer diese Ansicht sonst noch normal findet, der möge dringend seinen Charakter überprüfen.

(Andreas Keith [AfD]: Unfassbar! – Überprüfen Sie besser Ihren Charakter! Peter Struck hat

die Soldaten in den Tod geschickt! Das ist die Wahrheit!)

Die SPD jedenfalls unterstützt Ihre Charakterschwäche nicht und lehnt Ihren Antrag ab.

(Beifall von der SPD – Andreas Keith [AfD]: Ihre Partei hat die deutschen Soldaten in den Tod geschickt! Das ist die Wahrheit! Sie haben den Krieg angefangen! Ihnen passt es nicht, dass es Leute gibt, die Ihnen die Wahrheit sagen! – Gordan Dudas [SPD]: Wo ist denn Ihr Gesprächspartner vom Wochenende? – Andreas Keith [AfD]: Wer war denn Verteidigungsminister damals? – Markus Wagner [AfD]: Ihre toten Soldaten sind das! – Andreas Keith [AfD]: Sie haben den Soldaten nicht einmal die Ehre erwiesen und sie anständig zu Hause empfangen!)

– Herr Keith, wir beenden das jetzt! Keine Bühne der AfD!

(Beifall von der SPD – Zurufe von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Lux. – Frau Kollegin Lux, Sie haben in Ihrer Rede einen Ausdruck ...

(Fortgesetzt Zurufe von der AfD und der SPD)

– Herr Kollege Keith, Sie haben gleich Gelegenheit. Die AfD hat noch Redezeit.

(Fortgesetzt Zurufe von der AfD)

– Herr Kollege Keith, Herr Kollege Wagner, ich fordere Sie jetzt auf, die parlamentarischen Wege zu nehmen. Sie haben als AfD noch Redezeit. Sie können das gleich am Redepult noch einmal deutlich machen.

Und Frau Kollegin Lux, der ich gerade danken wollte, sage ich noch einmal: Sie haben in Ihrer Rede einen Ausdruck verwendet, der mindestens grenzwertig, wenn nicht wirklich grenzüberschreitend unparlamentarisch war. Ich schaue mir das im Protokoll dann noch mal an. – In der Redereihenfolge geht es jetzt weiter mit Herrn Kollegen Lenzen von der FDP.

**Stefan Lenzen (FDP):** Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Situation in Afghanistan ist erschreckend. Grundsätzlich verdient sie eine ausführliche Beschäftigung. Leider bietet der vorliegende Antrag dazu wenig Substanz. Er beinhaltet Allgemeinplätze, reine AfD-Programmatik unter Missachtung der Lage und ausschließlich Forderungen an den Bund.

Für die Erkenntnis, dass Afghanistan kein Nachbarstaat der Bundesrepublik ist, hätte es keines Antrags bedurft.

2014 wird sich übrigens nicht wiederholen, zumindest nicht für die demokratischen Fraktionen hier in diesem Haus. Unsere Zeit läuft vorwärts. Nur die Antragsteller sind wohl in einer Zeitschleife gefangen – und das ist eben nicht normal.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Alles inhaltlich Relevante zu Afghanistan haben wir gestern ausführlich debattiert. Das kann man im Protokoll nachlesen. Wir werden diesen Antrag daher ablehnen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Lenzen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Aymaz.

**Berivan Aymaz<sup>\*)</sup> (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben eigentlich schon das Wichtigste gesagt. Dieser Antrag der AfD überrascht nicht. Natürlich nutzt die AfD die Situation einer Krise, einer humanitären Katastrophe, um gegen Menschen zu hetzen.

Dabei setzt sie auf Angstmache mit einfach ganz billigen Lügen wie zum Beispiel der Formulierung: „Die Flüchtlingswelle des Jahres 2015 – die bis heute andauert –...“ Das ist eine Lüge. Wir haben dazu Zahlen und Fakten. Wir wissen ganz genau: 2015 sind hier in NRW 231.000 Menschen angekommen, und jetzt, 2020, waren es nur noch 19.000 Menschen. Das sind noch nicht einmal 10 Prozent derjenigen, die 2015 hier angekommen sind. Das ist nur ein Beispiel dafür, wie die AfD hier wirklich Fakten verdreht und einfach hemmungslos lügt.

(Beifall von den GRÜNEN und Eva Lux [SPD])

Darüber hinaus ist natürlich ganz klar: Die AfD hält nichts von Recht und Ordnung, nichts von völkerrechtlichen Abmachungen. Sie versucht, das Recht auf Asyl auszuhöhlen und eigentlich gänzlich abzuschaffen.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Das wird in dem Antrag auch klar und deutlich.

Abschließend – es ist mir doch wichtig, das zu erwähnen –: Die AfD hat gestern in der Debatte im Rahmen unseres Antrags klar suggeriert, dass die Menschen in Afghanistan nicht demokratiefähig wären, weil sie aus einem bestimmten Kulturkreis kommen, weil sie Muslime sind. – Ich sage: Was für eine Geschichtungsvergessenheit ist das eigentlich? Was für eine Anmaßung ist das eigentlich,

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

aus Deutschland heraus – mit einer Geschichte des Zivilisationsbruches, einem Tiefpunkt der Menschlichkeit – andere Volksgruppen zu belehren, wie Demokratie funktioniert?

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Die Frauen in Afghanistan, die immer noch mutig für Freiheit und Demokratie kämpfen, könnten Ihnen eine Lektion erteilen, was wirklich Freiheit und Demokratie ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Aymaz. – Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Kollege Loose von der AfD-Fraktion gemeldet.

**Christian Loose (AfD):** Danke, Frau Präsidentin! Frau Aymaz, Sie kennen die § 16a Grundgesetz, § 18 Asylgesetz und verschiedene weitere; wir haben die Rechtslage eindeutig erklärt.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Das sind alles nicht Paragrafen! Das sind Artikel!)

– Artikel 16a Grundgesetz, § 18 Asylgesetz.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Alles nur Blasen!)

Sie sprachen vom Tiefpunkt der Menschlichkeit, Frau Aymaz. Länder wie Turkmenistan, Usbekistan und auch Tadschikistan haben den Global Compact for Migration beschlossen und mit abgestimmt. Dort sind etwa 90 % Muslime. Ist es ein Tiefpunkt der Menschlichkeit, wenn diese Länder sich weigern, Menschen aus Afghanistan aufzunehmen, und diese stattdessen über zehn bis 15 weitere Länder fliehen sollen, um hier hinzukommen? Ist das nicht ein Tiefpunkt der Menschlichkeit?

Bezeichnen Sie damit die Menschen in Usbekistan, in Turkmenistan und Tadschikistan als Unmenschen? Ist das Ihre Vorstellung davon? Oder sind aus Ihrer Sicht die Deutschen Übermenschen, bessere Menschen als andere, die aufnehmen müssen und allen anderen das Recht absprechen, selber auch gute Hilfe zu leisten?

Das wurde auch in den Jahren davor im Iran, in anderen Ländern geleistet. Das sind auch alles gute Menschen, die helfen können. Oder sprechen Sie denen die Menschlichkeit ab, Frau Aymaz? – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD – Zuruf: Unfassbar!)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Frau Aymaz.

**Berivan Aymaz<sup>\*)</sup> (GRÜNE):** Ich kann Ihnen die Frage ganz einfach beantworten: Tiefpunkt der Menschlichkeit ist Rassismus.

(Beifall von den GRÜNEN – Helmut Seifen [AfD]: Das ist Ihre Ratlosigkeit!)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Aymaz, für die Erwiderung.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Jetzt sind wir in der normalen Redereihenfolge, Herr Loose. Demzufolge hat für die Landesregierung jetzt Herr Minister Dr. Stamp das Wort.

**Dr. Joachim Stamp<sup>\*)</sup>, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich darf mit Erlaubnis der Präsidentin den großen deutschen Humoristen Lorient zitieren: „Mein Name ist Lohse. Ich kaufe hier ein.“

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der SPD)

Hier im Landtag heißt es aber leider: Mein Name ist Loose. Ich verbreite Fake News.

(Beifall von der CDU, der SPD und der FDP)

Ich will ein Beispiel nennen. Ich habe in dem Ausschuss, den Sie angesprochen haben, die Bundesregierung massiv dafür kritisiert, dass es aufgrund der Verspätung der Evakuierung dazu gekommen ist, dass eben nicht die Schwächsten zuerst gerettet worden sind, sondern dass sich auch Rücksichtslose durchgesetzt haben und dass es dadurch zu einem survival of the fittest gekommen ist.

Sie verdrehen das hier komplett, und davon werden – da oben stehen Ihre Videokameras – Clips produziert und im Netz verbreitet.

Ich mache bei dem Spiel hier nicht mehr mit, meine Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Für die AfD hat sich Herr Seifen gemeldet und hat jetzt das Wort.

**Helmut Seifen<sup>\*)</sup> (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist Ihnen wahrscheinlich nicht so richtig bewusst, weil Sie Honig saugen aus der Art und Weise, wie Sie mit dem Antrag und einer Partei umgegangen sind, die Sie ständig beschimpfen.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

Dabei zeigen Sie täglich, was Sie von Menschlichkeit halten.

Aber ich muss Ihnen sagen: Das Problem, das in unserem Antrag angesprochen worden ist, ist zu ernst, um so darüber hinwegzugehen, wie Sie es getan haben.

Sie müssen sich wirklich nicht wundern, wenn die Menschen draußen im Land, die das Zusammenleben mit Menschen, die aus anderen Kulturkreisen nach hier reinkommen, täglich neu aushandeln müssen, Sie beobachten und wirklich – ich möchte fast sagen – einen Ekel empfinden gegenüber dem, was hier manche Politiker von sich geben.

(Zuruf von Heike Wermer [CDU] – Frank Müller [SPD]: Woher wollen Sie das wissen?)

Das muss ich Ihnen wirklich sagen. So geht das nicht.

(Unruhe – Glocke)

Es ist klar, dass Menschen, die aus verschiedenen Sozialräumen zusammenziehen, Schwierigkeiten haben. Herr Loose hat das ausdrücklich, und zwar absolut tief humanistisch begründet, dargelegt.

(Zurufe von der CDU und der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Helmut Seifen\*** (AfD): Sie gehen darüber hinweg und verharmlosen das Problem.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Helmut Seifen\*** (AfD): Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Da habe ich Sorge um unseren Parlamentarismus.

Sie beschimpfen uns immer als diejenigen, die dem System keine Treue halten. Ich sage Ihnen: Das Gegenteil ist der Fall. Genau das Gegenteil ist der Fall.

(Zuruf von Gordan Dudas [SPD])

Und ich muss sagen: Ich schäme mich manchmal dafür, ...

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege Seifen, die Redezeit!

**Helmut Seifen\*** (AfD): ... dass Sie wichtige politische Sachverhalte hier so behandeln, wie Sie es getan haben: voller Ignoranz und voller Negation. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Nach Herrn Seifen hat sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Aymaz gemeldet.

**Berivan Aymaz\*** (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Ich möchte es einfach nicht so stehen lassen, dass die AfD glaubt, für die Menschen draußen sprechen zu können und zu dürfen.

Die AfD spricht nicht für die Mehrheit dieses Saales. Die AfD spricht auch nicht für die Mehrheit der Menschen. Das zeigen Umfragewerte. Die Menschen draußen haben Werte – Humanität, Demokratie, Freiheit –, zu denen sie stehen. Zahlreiche Kommunen sind aufnahmebereit. Das sind die Menschen draußen.

(Zuruf von Iris Dworeck-Danielowski [AfD])

Sie dürfen sich nicht anmaßen, für sie zu sprechen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU und der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Aymaz. – Für die Fraktion der FDP hat Herr Kollege Lenzen das Wort.

**Stefan Lenzen** (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich wirklich ernsthaft mit dem Thema auseinandersetzen wollte ...

Herr Loose wirft ja nicht nur heute mit vermeintlicher Kompetenz um sich. Eigentlich heucheln Sie sie nur. Sie haben eben bewusst mit Paragrafen um sich geworfen. Leider stimmte davon aber nicht einer. Sie sprechen von § 18, sollten aber eigentlich Artikel 16a Grundgesetz meinen. Der Paragraph zur Rechtsstellung von Flüchtlingen nach der Genfer Flüchtlingskonvention wäre § 3 Abs. 1 AsylG, aber sei's drum.

Herr Loose, diese mangelnde Kompetenz zeigen Sie nicht nur heute, sondern die haben Sie auch schon im Integrationsausschuss mit Ihrer Frage gezeigt, wie viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in den Landeseinrichtungen wären. Die Antwort war natürlich: keine. – Das hätten Sie wissen können.

(Gordan Dudas [SPD]: Müssen!)

– Eigentlich müssen; da haben Sie Recht, Herr Kollege.

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Das kann ich zumindest für die anderen vier Fraktionen hier im Hause, glaube ich, so sagen. Wenn Sie sich wirklich ernsthaft mit dem Thema beschäftigen wollten oder das überhaupt mal tun würden, dann hätten Sie das wissen müssen.

Heute die Paragrafen um sich zu werfen, um hier Kompetenz vorzugaukeln, macht es ja nicht besser. Wir haben aufmerksam zugehört. Artikel aus dem Grundgesetz sollte man nicht mit Paragrafen aus einem anderen Gesetz verwechseln. Auch bei den

anderen Paragraphen haben Sie einfach mal etwas in die Runde geworfen.

Ich fand es ganz bezeichnend, dass Herr Seifen noch einmal ans Redepult ging. Ich durfte ja auch mal dem Schulausschuss beiwohnen, als es einen gemeinsamen Tagesordnungspunkt mit dem Integrationsausschuss gab.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Die Tonlage! Nur weil man schreit, bekommt man nicht recht, Herr Seifen. Sie werden merken: Ich werde weder im Ausschuss noch hier anfangen, Sie anzusprechen. Das bringt nichts, und es gehört auch nicht zu der Art, die ich hier pflegen möchte – mit wem auch immer.

Ich sehe die angemeldete Kurzintervention. Vielleicht will Herr Loose es noch klarstellen und eingestehen, dass er entweder selbst schlecht recherchiert hat oder einfach alles, was er eben in die Runde warf, Quatsch und falsch war. Dann kann er das jetzt korrigieren.

Herr Seifen, ich sehe richtig, wie es in Ihnen kocht.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Wenn wir uns wirklich mit Afghanistan beschäftigen wollen, dann sollten Sie sich die Mühe machen, sich ernsthaft mit der Thematik zu befassen.

Die heutige Debatte hat wieder gezeigt: Ihnen geht es einfach nicht um die Sache. Worum es Ihnen geht, haben die Kolleginnen und Kollegen herausgearbeitet. Aber man kann es nicht einfach so stehen lassen, wenn Sie hier auf gut Deutsch Mist erzählen. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Lenzen. Sie haben bereits gesehen, dass eine Kurzintervention von Herrn Loose angemeldet wurde, dessen Mikro jetzt offen ist.

**Christian Loose (AfD):** Frau Präsidentin! – Herr Lenzen, ich fasse das noch mal für Sie zusammen; Sie haben es eben anscheinend nicht richtig gehört.

Art. 16a Grundgesetz schließt die Einreise aus sicheren Drittstaaten aus, § 18 Asylgesetz schreibt die Zurückweisung an der Grenze vor. Dublin III bestimmt die Zuständigkeit für das Asylverfahren. Das Selbsteintrittsrecht gilt nur für Einzelfälle. Ein Antrag auf Asyl muss dementsprechend an der EU-Außengrenze überprüft werden, nicht aber an der EU-Binnengrenze. Asylbewerber aus Drittstaaten genießen keine Freizügigkeit innerhalb der EU, um ins Land mit den höchsten Sozialleistungen zu fliehen. Das oftmals angeführte Refoulement-Verbot begründet ausdrücklich nicht, warum die Weiterreise eines

Asylbewerbers nach Deutschland geduldet, nicht aber verhindert oder rückgängig gemacht werden dürfte.

All das sollte Ihnen auch bekannt sein. Und bis zum heutigen Tag konnte die Bundesregierung nicht die Rechtsgrundlage benennen, die eine Duldung der Einreise von Asylbewerbern aus sicheren Drittstaaten seit dem Sommer 2015 rechtfertigt. Deswegen gibt es auch ein laufendes Organstreitverfahren zwischen der AfD-Bundestagsfraktion und der Bundesregierung. Aber Sie können uns jetzt bestimmt die Rechtsgrundlage nennen, die eine solche Duldung der Einreise von Asylbewerbern aus sicheren Drittstaaten rechtfertigt. Anscheinend sind Sie schlauer als die Bundesregierung und können uns jetzt aufklären, Herr Lenzen. – Danke schön.

(Beifall von der AfD – Frank Müller [SPD]: Jedenfalls schlauer als die AfD!)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Lenzen, Sie haben jetzt Gelegenheit zur Erwiderung.

(Andreas Keith [AfD]: Jetzt gibt es eine sachliche Antwort!)

**Stefan Lenzen (FDP):** Ich denke, um klarzumachen, dass wir schlauer sind als die AfD, bedarf es keiner weiteren Worte. – Danke.

(Beifall von der FDP – Lachen von der AfD – Markus Wagner [AfD]: Wie armseelig!)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen sind nicht angemeldet. – Das bleibt auch so. Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der AfD hat direkte Abstimmung beantragt. Wer also dem Inhalt des Antrags Drucksache 17/14947 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Antrag Drucksache 17/14947** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Wir sind bei:

#### 4 **Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/14911

erste Lesung